

Gesichtspunkte integrierendes Gesamtkonzept für Aufbau, Struktur und Entwicklung des europäischen Großraums gegeben hätte. Die Ursache hierfür ist in der Kürze der verfügbaren Zeit, jedoch mehr noch in den ständigen Verschiebungen des Machtgefüges und dem daraus folgenden Fehlen einer zentralen Planungsinstanz zu suchen. Der »Großraum« blieb eine integrierende Option, die es ermöglichte, unterschiedliche Interessen und Methoden der Gestaltung zu formulieren, für deren Berücksichtigung der zukünftige europäische Wirtschaftsraum die materiellen Ressourcen liefern würde. Ein Anfang 1943 veröffentlichter Versuch, die verschiedenen Konzepte systematisch zusammenzufassen, konstatierte, daß »die Vorstellungen und Willensbildungen der an der Großraumwirtschaft Beteiligten schon bezüglich der Gegenwart keineswegs einheitlich« seien. »Großraumwirtschaft« sei »ein beweglicher Idealbegriff«, der »verschiedene mögliche und wandelbare Inhalte« habe und der »ausschließlich ein Zweckmäßigkeitssystem im Sinne der politischen und wirtschaftlichen Ziele« des Führungstaates bezeichne.²¹

V.

» Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden; Produkte, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern zur Produktion überlassen und überlassen müssen... Aus dieser Notwendigkeit, den deutschen Arbeiter sinnvoll anzusetzen, ergibt sich auch die Notwendigkeit einer steigenden technischen Rationalisierung, und daraus wieder folgt die Möglichkeit, höhere Löhne zu bezahlen.«

Hans Kehr, Großraumwirtschaft, 1940

Die deutschen Planungen der Jahre 1940/42 für eine »europäische Wirtschaftsge-meinschaft« stimmten weitgehend darin überein, Europa in verschiedene Zonen aufzuteilen, je nach dem Grad der industriellen Entwicklung und den daraus resultierenden Möglichkeiten einer »Ergänzungswirtschaft« mit dem deutschen Zentrum. Während Frankreich als weitgehend ausgeglichen industrialisiertes Land die wenigsten Ansatzpunkte für eine hierarchische Abhängigkeit bot und deshalb eine Sonderstellung einnahm, galten die »Spezial- und Rumpfwirtschaften« Belgiens, Hollands und Skandinaviens als äußerst ertragversprechende Volkswirtschaften, die sich jedoch nach Kriegsende wieder verstärkt auf die Weltwirtschaft orientieren würden.²² Aus dieser unterschiedlichen Stellung im europäischen Großraum resultierten jeweils verschiedene Formen sowohl der politischen Kontrolle und Beherrschung als auch der wirtschaftlichen Durchdringung (Kapitalbeteiligung, Währungsverbund u.a.). Die ost- und südoosteuropäischen Länder galten demgegenüber als langfristig zu entwickelnde Gebiete: Ihr

Status als Agrarproduzenten würde ihren Bedarf an industriellen Importen auf lange Zeit erhalten. Die Umsetzung dieser Vorgaben bot Anlaß für weitere Diskussionen. Es wurde davon ausgegangen, daß die Wirtschaften grundlegend umgestaltet seien, um die Agrarproduktion ausweiten, intensivieren und an den deutschen Bedürfnissen ausrichten zu können. Dabei stellte sich erstmals die Frage, was mit der »überschüssigen Bevölkerung« zu geschehen habe, die allenthalben als Ursache der unproduktiven wirtschaftlichen und sozialen Strukturen angesehen worden war. Zweitens wurde erörtert, ob und in welchem Ausmaß diesen Ländern eine industrielle Entwicklung möglich sein solle. Diese Frage war eng verknüpft mit der Entscheidung darüber, wie Deutschland sich agrarische Produkte anzu eignen gedachte – das Modell »Rohstoffe gegen Industriewaren« war auf Dauer nur um den Preis einer allmählichen Industrialisierung durchzuhalten –, sowie mit der Entscheidung darüber, wie innere soziale Stabilität als Produktivitätsfaktor gewährleistet werden könne.

Die »Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan« unter Leitung von Otto Donner etwa sah in der Aufrechterhaltung des sozialen Gefälles in Europa den zentralen Mechanismus, mit dem aus den südoesteuropäischen Staaten Agrarüberschüsse herausgepreßt werden könnten. Es komme darauf an, die Agrarproduktion in diesen Ländern zu steigern, auf gar keinen Fall aber den Lebensstandard. Die Forschungsstelle lehnte alle »Entwicklungshilfemaßnahmen« ab und plädierte für eine wirtschaftliche Unterwerfung, in deren Rahmen kein Platz für Maßnahmen zum Wirtschaftsaufbau, zur Entwicklung eines Binnenmarktes oder zur Arbeitsbeschaffung für die »erdrückende landwirtschaftliche Überbevölkerung« vorgesehen war; stattdessen sollten überschüssige Arbeitskräfte ebenso ins Reich geschafft werden wie die Agrarprodukte.²³ Demgegenüber argumentierte die von Gustav Schlotterer geleitete Abteilung »Vorbereitung und Ordnung« im Reichswirtschaftsministerium²⁴, daß sich die deutsche Herrschaftsposition im Großraum nur über eine langfristige Marktherrschaft sichern lasse. Für die nationale Entwicklung der südoesteuropäischen Volkswirtschaften müsse Spielraum bleiben, denn dadurch könnten diese in »Bündungen und Abhängigkeiten« gezwungen werden, aus denen sie »selbst wenn sie wollen« nicht herauskämen. Als ein Mittel hierzu wurde die einseitige Ausrichtung der Produktionsstruktur auf deutsche Wirtschaftsinteressen – Monokulturen von Industriepflanzen statt Nahrungsmittelproduktion – empfohlen. Des Weiteren vertrat Schlotterer ein Konzept der industriellen Arbeitsteilung in Europa und der Kapitalverflechtung auf der Ebene des Großraums anstelle der Ausplünderung der abhängigen Staaten und der Einverleibung nichtdeutscher Konkurrenzbetriebe.²⁵ Im Reichswirtschaftsministerium hatte man im August 1940 alle älteren Vorstellungen abgelehnt, wonach »die Eingliederung der europäischen Kontinentalwirtschaft« durch einen »einmaligen staatspolitischen Akt, etwa durch Abschluß eines Zoll- oder Währungsunionsvertrages« zu erreichen sei. Vielmehr gelte es, zuvor

»die europäischen Volkswirtschaften so vollkommen und eng wie möglich mit der großdeutschen Wirtschaft zu verflechten« und »alle Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der deutschen Bedarfsdeckung und auf eine Stärkung des deutschen Wirtschaftseinflusses in den verschiedenen Ländern hinauslaufen, in den Vordergrund zu stellen«. »Unter Einsatz der deutschen Machtmittel« sollte die europäische Warenproduktion nach deutschem Bedarf erweitert werden, zur Sicherung dieses Warenstromes ein »europäisches Zahlungssystem (Zentralclearing) auf der Grundlage der Reichsmark« geschaffen werden und über die deutsche Kontrolle des europäischen Außenhandels und die Wirtschafts- und Finanzpolitik eine »möglichst weitgehende Angleichung ... an die deutschen Normen« herbeigeführt werden. Weiterhin favorisierte das Reichswirtschaftsministerium die Schaffung gesamt-europäischer Wirtschaftsorganisationen, marktregelnde Verbände in den wichtigsten Industrien und die kapitalmäßige Beherrschung der wichtigsten europäischen Wirtschaftsunternehmen.²⁶ Eine Zollunion lehnte das Wirtschaftsministerium ab, weil sie »praktisch einen gleichen Lebensstandard« voraussetze. Wo »Waren und Arbeitskräfte hin- und herfluten können, wird sich das Land des niedrigeren Lebensstandards mit großer Schnelligkeit an das Land des höheren Lebensstandards angleichen« – so begründete der Generalreferent für Sonderaufgaben im Reichswirtschaftsministerium, Hans Kehr, diese Position.

»Die Erhöhung des Lebensstandards der anderen wird und muß kommen – sie ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik, aber nicht dadurch, daß durch irgendwelche Maßnahmen Preise und Löhne angeglichen werden, sondern dadurch, daß wir diese Völker zu gleicher Leistung, gleicher Arbeit und gleichem Fleiß erziehen.«²⁷

Kehr berücksichtigte in seinen Überlegungen insbesondere die gegensätzlichen Auffassungen, die hinsichtlich der Mobilisierung der »überschüssigen« (südost-europäischen) Bevölkerung als »Wanderarbeiter« bestanden. Während die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft die Verbringung von Wanderarbeitern ins Deutsche Reich forderte, um dem deutschen Arbeitskräftemangel zu begegnen, und darüber hinaus die Möglichkeit sah, diese Arbeiter an deutsche Produktivitäts- und Leistungsnormen zu gewöhnen, wodurch sie nach ihrer »Rückführung« zu »Trägern der Intensivierung des Südstens werden« könnten, warnte der »Zwölfersausschuß« der Südsteuropagesellschaft vor »slawischer Unterwanderung« und »Überfremdung des deutschen Landarbeiterstandes«. Zudem könnte der Vergleich zwischen deutschem Lebensstandard und »östlicher Primitivität« unter den Wanderarbeitern »zu stärkster sozialer und politischer Unruhe Anlaß geben«.²⁸ Das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront ging noch einen Schritt weiter. Wenn die Grundsätze der Deutschen »Volks- und Leistungsgemeinschaft« – Leistungslöhne, Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Erziehung zu Leistungs- und Aufstiegsdenken – im europäischen Großraum Gültigkeit erlangten sollten, sei eine Europäisierung des Grundsatzes »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« unausweichlich. Die Schlußfolgerungen, die Kehr und auch das Arbeits-

wissenschaftliche Institut zogen, unterschieden sich deutlich von allen volkswirtschaftlich ausgerichteten Beherrschungskonzepten. Sie zielten auf die permanente technologische und soziale Rationalisierung im »deutschen Großraum«²⁹ durch die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionszweige mit niedrigen Löhnen in den europäischen Großraum. Das deutsche Zentrum würde für die deutschen Arbeiter zu einer Hochlohnzone werden, weil hier nur die technologisch entwickeltesten und produktivsten Industrien ansässig sein würden. Dadurch würden Arbeitskräfte freigesetzt werden, denen bei der Eingliederung des neuen »deutschen Ostens« soziale Aufstiegschancen angeboten werden könnten. Gleichzeitig würde diese europaweite Produktions- und Sozialpolitik Entwicklungsmöglichkeiten für die Peripherie eröffnen. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion berechneten die Sozialwissenschaftler des Arbeitswissenschaftlichen Instituts, daß der Zugriff auf die sowjetische Agrarproduktion und die sowjetischen Rohstoffe allein die einmahlige Freisetzung von über zwei Millionen Erwerbstätigen im Deutschen Reich durch Produktionsverlagerungen und Stilllegungen jetzt unrentabler Betriebe erlaube. Diese Freigesetzten könnten für den Aufbau im deutschen Osten mobilisiert werden und würden dort eine sozialpolitische Mauer gegen den ost- und südeuropäischen »Bevölkerungsdruck« bilden.³⁰ Gleichzeitig gaben die Sozialplaner hier eine längerfristige Antwort auf die Gefahr eines lohnpolitischen Drucks aus dem europäischen Großraum: Wo tatsächlich gleiche Arbeit und gleiche Leistung vorlägen, sollte auch der gleiche Lohn an ausländische Arbeitskräfte gezahlt werden, jedoch sollten sie grundsätzlich von den sozialen Leistungen der deutschen »Betriebs- und Volksgemeinschaft« ausgeschlossen bleiben. Soziale Hierarchisierung und Lohngefälle konnten durch eine derartige europäische Arbeitsteilung langfristig abgesichert werden. »Produktionen, die das Vorhandensein billiger Arbeitskräfte voraussetzen, werden im Deutschland der Zukunft nicht mehr möglich sein«, forderte Kehr, denn »wenn sich der deutsche Arbeiter etwas in den letzten Jahren erkämpft hat, dann ist es sicher das Recht auf einen höheren Lebensstandard«³¹. Der Grund für dieses Zugeständnis lag in dem vor Kriegsbeginn immer stärker werdenden Lohndruck der deutschen Arbeiter, der die soziale Stabilität der deutschen Volks- und Leistungsgemeinschaft aushöhle. Die Neuordnung Europas schuf ein sozialpolitisches Ventil, durch das die sozialen Versprechen des Nationalsozialismus – Erhöhung des Lebensstandards und sozialer Aufstiege – mehr als nur rudimentär erfüllt werden konnten. Konjunkturelle Krisenerscheinungen wie strukturelle Umbrüche ließen sich über die neue »europäische Arbeitsteilung« vom deutschen in den europäischen Großraum exportieren, solange der höhere deutsche Lebensstandard an eine höhere Produktivität und Kapitalintensität gekoppelt war. Dem deutschen Arbeiter stand in diesem sozialimperialistischen Europa-Modell der Weg offen, sich zum »Vorarbeiter Europas« mit einem »Recht auf einen höheren Lebensstandard« (Kehr) emporzuarbeiten.

»Fahnenträger, nicht Herr Europas zu werden, muß eigener Vorträger sein, Fahnenträger eines neuen Europa, das seinen Platz und Rang unter den Weltmächten behaupten kann, der ihm nach seiner geschichtlichen Entwicklung und seinen kulturellen und wirtschaftlichen Kräften gebührt.«
Richard Riedl, Weg zu Europa, Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten (W.E.St.), Herbst 1944

Mit dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad begann die Befreiung Europas und Deutschlands vom Nationalsozialismus; er leitete das Ende aller deutschen Pläne für ein Europa der Sieger ein. Gleichwohl entstanden in den Jahren 1943 und 1944 weitere Pläne für eine europäische Nachkriegsordnung, die alle davon ausgingen, daß das Deutsche Reich den Krieg verlieren, aber ihn in festen Grenzen und mit einer Regierung ohne Hitler überleben würde. An dieser Neuplanung der Neuordnung im Zeichen einer deutschen Niederlage waren alle entscheidenden Gruppen des Großkapitals – Deutsche und Dresdner Bank, Schwer- und Kali-Industrie, Elektroindustrie und IG Farben – beteiligt. Die Reichsgruppe Industrie finanzierte das Institut für Industrieforschung in Nürnberg unter Leitung von Ludwig Erhard. Zusammengehalten wurden diese Gruppen von der Furcht vor der Demobilisierung, vor der Wiederholung von 1918/19 und vor gewaltsamen Eigentumsveränderungen, die ihre Verfügungsgewalt beschneiden würden. Das Erhard'sche »Programm für die Bearbeitung wirtschaftlicher Nachkriegsprobleme vom Standpunkt der Industrie«³² wies die Richtung, wie ohne eine nachhaltige Erschütterung der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen die Produktion auf Friedenswirtschaft umgestellt werden könnte. Keinen Zweifel ließ er daran, daß ohne die Hilfe der Westmächte, insbesondere der USA, ein geordneter Übergang zu einer florierenden Nachkriegswirtschaft nicht möglich sei. Benötigt wurden vor allem Kredite, um die notwendigen Lebensmittel- und Rohstoffimporte bezahlen und möglichst schnell eine neue Exportoffensive einleiten und den Wiederaufbau finanzieren zu können. Eingebettet waren diese Pläne in weitreichende Überlegungen zu einer europäischen Nachkriegsordnung, die nun als westlich orientiertes und vom Antibolschewismus zusammengehaltenes Bündnis konzipiert wurde. Die behauptete Gefahr einer von der Sowjetunion ausgehenden radikalen Veränderung der europäischen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse sollte die antideutsche Allianz spalten und Deutschland eine gewichtige und ausbaufähige Stellung in der Nachkriegsordnung sichern.

»Ein sehr wirksames Mittel, die europäischen Völker auf die Notwendigkeiten der künftigen Neuordnung vorzubereiten, besteht jetzt schon in der entsprechenden Auswertung der Besorgnisse, die in allen Ländern der Gedanke an ein Vordringen des Bolschewismus nach Europa hinein auslöst.«³³

Getragen wurde diese Wendung und langsame Lösung vom Nationalsozialismus

nicht nur von Verbänden der Industrie. Im Reichswirtschaftsministerium befahl sich ab 1943 die »Grundsatz- und Planungsabteilung« unter dem vormaligen Einsatzgruppen-Leiter und Chef des Sicherheitsdienstes Inland Otto Ohlendorf unter Himmlers Rückendeckung mit »grundsätzlichen wirtschaftlichen Fragen«. Über Ohlendorfs Funktion im Reichswirtschaftsministerium entstanden umfangreiche Verbindungen zu den Nachkriegsplanungen der Industrie. Im Auswärtigen Amt bestand seit April 1943 ein neuer, vertraulich tagender »Europa-Ausschuß«. Seine Arbeit sollte der »Vorbereitung von Unterlagen für die bei Kriegsende zu treffenden Regelungen der europäischen Neuordnung« dienen³⁴. Im Spätsommer 1943 entwarf der »Europa-Ausschuß« die Grundzüge eines »Europäischen Staatenbundes«.³⁵ Die Denkschrift nahm positiv auf die anglo-amerikanische »Atlantikerklärung« Bezug, behauptete aber, die Alliierten seien sich »völlig uneinig« darüber, »was in Europa geschehen solle«. »Die Sonderinteressen der einzelnen europäischen Staaten im Interesse der Gesamtheit Europas zur Einheit zu vermitteln«, der Antrieb dazu würde »im wesentlichen mehr in den Achsenmächten gefunden«. Auf politischer Ebene wurde in der Denkschrift eine europäische Föderation als »Gemeinschaft souveräner Staaten« vorgeschlagen. Vermieden werden mußten dabei insbesondere die »unheilvollen Folgen« der ersten europäischen Nachkriegsordnung, die »den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten zu verwirren« gesucht habe. Die Aufgaben des »Europäischen Staatenbundes« sollten auf außenpolitischem Gebiet liegen: »Friedenssicherung«, »Wahrung der gemeinsamen europäischen Interessen nach außen«, »Abwehr der bolschewistischen Gefahr«, »gemeinsame Verteidigung gegen äußere Angriffe«. Als oberstes Organ war ein jährlicher »Staatenkongreß« vorgesehen, der seine Beschlüsse mit »Stimmeneinheit« fassen sollte. Das Kernstück der europäischen Neuordnung bildete die »wirtschaftliche Zusammenarbeit«, die über verschiedene Fachämter (»Europäischer Wirtschaftsamt«, »Europäisches Landwirtschaftsinstitut«, »Europäisches Arbeitsamt« u. a.) abgestimmt werden sollte. Die zentralen Elemente der wirtschaftlichen Zusammenarbeit waren die Schaffung eines europäischen Agrarsektors, der durch »planvolle Zusammenarbeit« der Landwirtschaft den »Absatz ihrer Produkte zu gerechten Preisen« garantieren sollte, und gemeinsame langfristige Planungen in den wichtigsten Industriesektoren. Dadurch sollten »Unternehmer und Arbeiter vor der zerstörenden Wirkung europäischer und internationaler Krisen« geschützt werden. Schließlich sollte die Zusammenarbeit einen gesicherten Zugang zu den Weltrohstoffen schaffen: »Es ist zu erwarten, daß Europa, richtig organisiert, wieder der beste Kunde und tüchtigste Lieferer innerhalb der Gesamtheit sein wird.« Die gesamten Planungen ab 1942 sind dadurch gekennzeichnet, daß die Großraum-Ambitionen entgegen der vormaligen Orientierung auf Ost- und Südosteuropa in einer stärkeren Zusammenarbeit Westeuropas wurzeln und politische Hegemonie-Ansprüche zurückschrauben. Ging man zunächst davon aus, die Kriegserfolge in eine wirtschaftliche und soziale Vormachtstellung transformieren zu können, so bekam die europäische Neuordnung mehr

und mehr den Charakter eines Rettungsunternehmens. In der Zusammenarbeit von Wirtschaftsverbänden und staatlichen Stellen unter Einschluss von Planern und Exekutoren der (ost)europäischen Vernichtungsprogramme wurden die Großwirtschaftsraum-Konzepte allmählich auf eine Ebene zurückgenommen, die für andere europäische Staaten akzeptabel schien und die gleichzeitig die Option auf eine zumindest wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands offen ließ. Am Ende stand die Bereitschaft, sich als antikommunistischer Vorposten in die Atlantik- und Welthandelscharta einzubringen und dabei so zu tun, als sei zuvor gar nichts geschehen.

Anmerkungen:

- 1 Neben der in dieser Skizze zitierten Literatur sei an dieser Stelle noch hingewiesen auf Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer deutschen »Monroe-Doktrin«, Stuttgart 1962; und Eckart Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939, München 1984.
- 2 Heinz Dieterich, Ironien der Weltgeschichte: Strukturparallelen zwischen Nazi-Lebensraum und Erster/Dritter Welt heute; in: Bruni Höfer, Heinz Dieterich, Klaus Meyer (Hrsg.), Das Fünfund-derthätige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992, Frankfurt 1990, S. 68 - 148. Dieterich vergleicht hier insbesondere die »Großraum«-Konzeptionen der USA, Japans und Deutschlands. Vgl. zu diesem Abschnitt allgemein: Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München 1973; Gilbert Zieburg, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24 - 1931, Frankfurt/M. 1984.
- 3 Der Sterling-Block umfaßte neben den Commonwealth-Staaten und britischen Kolonien die skandinavischen Staaten, Estland, Lettland, Portugal, Ägypten, Irak und Siam.
- 4 Vgl. Dieterich, S. 111 ff.
- 5 Das Einführungsprotokoll des Zollunions-Ausschusses ging davon aus, daß der staatliche Anschluß Österreichs »zur Zeit noch nicht möglich« sei, »wohl aber« die »Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebietes«, das Deutschland und Österreich »gleichmäßig nützen« würde: »Wien, mit seinem sonst unausnutzbaren Handelsapparat als ehemalige Hauptstadt eines 52 Millionen Grossreiches würde das Hamburg Südostens werden; Italien, Jugoslawien, Ungarn würden an Deutschland auch handelspolitisch angrenzen. Österreich würde gemeinsam mit Deutschland auch als Handelsvertragspartner anders auftreten können. Mit diesen wenigen Sätzen ist die Bedeutung eines solchen Bündnisses genügend skizziert.« Einführungsprotokoll für die Arbeiten des (22er) Zollunions-Ausschusses der »Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft«, abgedruckt bei Reinhard Opitz (Hrsg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 571-576, S. 572. Der Dokumentenband von Opitz wird nachfolgend zitiert als »Opitz, Europastrategien«.
- 6 Max Hahn, Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, Vortrag am 23. Oktober 1931, zitiert nach: Opitz, Europastrategien, S. 582 - 584. Max Hahn war Geschäftsführer der im Sommer 1931 reinkorporierten und aufgewerteten deutschen Gruppe des »Mittel europäischen Wirtschaftstages«, der eine führende Rolle bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von Ausbeutungsplänen für Mittel- und Südosteuropa spielte. Vgl. zum Mittel europäischen Wirtschaftstag: Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1973.
- 7 Max Hahn, Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik, S. 583.
- 8 Ferdinand Fried (=Ferdinand Friedrich Zimmermann), Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931; Auszüge in: Opitz, Europastrategien, S. 591-595, hier S. 592. Zimmermann-Fried gehörte zu den »jungkonservativen« (Barkai) »Wirtschaftsreformern«, zählte zum »Tat«-Kreis und unterhielt seit 1930 persönliche Kontakte zu Himmler und den Strasser-Brüdern.
- 9 Vgl. Fried, ebd., S. 592, 594.

10 Ebd.

- 11 Wilhelm Gürge u. Wilhelm Grotkopp (Hrsg.), Großraumwirtschaft. Der Weg zur europäischen Einheit. Ein Grundriss. Mit einem Geleitwort von Reichminister Treveranus, Berlin 1931.
- 12 1954 schrieb Grotkopp: »Die Anhänger einer aktiven Konjunkturpolitik nahmen an diesen Fragen der raumwirtschaftlichen Neuordnung ein steigendes Interesse, viele wirkten in der pan- oder mitteleuropäischen Bewegung mit... Der Begriff der Großraumwirtschaft entwickelte sich also ebenfalls an den Debatten über eine aktive Konjunkturpolitik.« Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954, S. 225; zit. nach Opitz, Europastrategien, S. 591. Vgl. zu diesem Zusammenhang auch Hans-Erich Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges; in: Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette: Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1989, S. 211-246; sowie Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1988.
- 13 So z.B. Robert Friedländer-Precht, Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931, S. 132. Friedländer-Precht war »einer der führenden Köpfe« der »Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft« und »der prominenteste Publizist unter den deutschen Reformern überhaupt« (Barkai 1988, S. 57).
- 14 Vgl. zu den Auffassungen der Wirtschaftsreformer den Beitrag von Christoph Dieckmann zu diesem Heft.
- 15 Vgl. Volkmann 1989; Barkai 1988.
- 16 Unter den »Lebensraum«-Protagonisten bestanden gleichfalls unterschiedliche Auffassungen in einzelnen Fragen, so daß nur mit dieser Einschränkung vom »Lebensraum« als Begriff gesprochen werden kann. Vgl. zu den verschiedenen Linien und ihren Vertretern etwa die frühe Arbeit von Achim Bay, Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen, Köln 1962 (Diss.); hier S. 42 ff.
- 17 Vgl. zu diesem Abschnitt insbesondere Detlef Hartmann, Völkermord gegen soziale Revolution; in: Autonomie, Neue Folge, 7. Jg. (1985), Heft 14, S. 217-286, hier vor allem S. 230 ff., 241, 255 f. Zieburg (1984, S. 67 ff.) analysiert die über den Verfall der Agrar- und Rohstoffpreise vermittelte Krise der europäischen Nachkriegsordnung ebenfalls als dynamisches Moment. Eine Konturierung des deutschen Großraum-Entwicklungsplans für Südosteuropa findet sich auch bei Sohn-Rethel, 1973, S. 84-89.
- 18 Vgl. hierzu Sohn-Rethel, S. 78 ff.
- 19 Vgl. hierzu Alfred Kube, Außenpolitik und »Großraumwirtschaft«. Die deutsche Politik zur wirtschaftlichen Integration Südosteuropas 1933-1939; in: Helmut Berding (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 185-211.
- 20 Vgl. insgesamt zu den deutschen Analysen der osteuropäischen Volkswirtschaften, die durchweg von einem durch eine überschießige Bevölkerung verursachten Kapitalmangel ausgingen, und zu den praktischen Konsequenzen, die die Verminderung der Bevölkerungszahl als wirtschaftlichen Entwicklungsfaktor einschlossen, Götz Aly u. Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Aufschwung und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991; sowie: Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938-1945. Zusammenge stellt und kommentiert von Susanne Heim und Götz Aly, Berlin 1991 (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 9).
- 21 Max Brunner, Vom Sinn der Großraumwirtschaft; in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 103/1, 1943, S. 119-136, S. 120 f., S. 136.
- 22 Vgl. z. B. Brunner, S. 129.
- 23 Zur Frage der künftigen Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa. Ausarbeitung der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15.1.1941; zit. nach Aly/Heim 1991, S. 348.
- 24 Die Abteilung war geschaffen worden, nachdem Göring an Reichswirtschaftsminister Funk am 22. Juni 1940 den Auftrag zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Neuordnung Europas erteilt hatte.
- 25 Vgl. Aly/Heim 1991, S. 338 ff.
- 26 Brief von Reichswirtschaftsminister Walter Funk an Hermann Göring vom 6. August 1940; zit. nach Opitz, Europastrategien, S. 755 f.
- 27 Hans Kehrl, Großraumwirtschaft, Vortrag anläßlich der Beiratsitzung der Industrie- und Handelskammer für die Niederlausitz am 9. September 1940; in: Opitz, Europastrategien, S. 776-789, S. 782.

- 28 Zit. nach Aly/Heim, S. 349.
- 29 Kehrl, S. 779.
- 30 Vgl. Arbeitswissenschaftliches Institut (AWI) der Deutschen Arbeitsfront. Die Durchführung des Ostens in Rohstoff und Landwirtschaft, Berlin, Dezember 1941. Diese Denkschrift gehört zu zwei weiteren geheimen Denkschriften vom Dezember 1941: Raum formt Sozialpolitik. Erste Gedankenskizze, und: Erwägungen zur Nutzung der eroberten Gebiete durch das deutsche Volk. Veröffentlicht in: »Sozialstrategien der deutschen Arbeitsfront«, Herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, München u. a., 1987 ff., Teil B, Abt. 2. Bereits 1938 hatte das AWI unter dem Titel »Deutschland und Südosteuropa« eine grundsätzliche Untersuchung zur sozialen und wirtschaftlichen Struktur Südosteuropas vorgelegt. Vgl. auch »Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront«, in: »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«, Bd. 9, Berlin 1991, S. 176-182.
- 31 Kehrl, S. 786.
- 32 Abgedruckt in Olof Groehler u. Wolfgang Schumann, Vom Krieg zum Nachkrieg, in: Jahrbuch für Geschichte 26, Berlin/DDR 1982.
- 33 Außenminister Ribbentrop, Verfügung über die Bildung eines Europa-Ausschusses im Auswärtigen Amt nebst Richtlinien für dessen Arbeit vom 5. April 1943; in: Opitz, Europastrategien, S. 954-956, S. 956.
- 34 Ebd. S. 955.
- 35 Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines »Europäischen Staatenbundes« vom 9. September 1943; in: Opitz, Europastrategien, S. 957-966.